

Sozialismus

www.Sozialismus.de

Hinrich Kuhls: Das EU-Referendum in Britannien



M. Reinhardt/S. Stache/
K. Burmeister: SPD-Krise



Hilde Wagner: Arbeitszeitkampagne der IG Metall

Günter Busch: ver.di-Tarifvertrag Gesundheitsschutz

**Forum
Gewerkschaften**

Joachim Bischoff: Die Kreisläufe des Kapitals

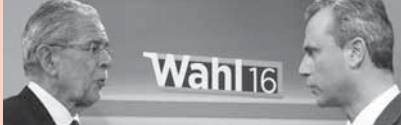


Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Ein grüner Präsident in der blauen Republik



Der Grüne Alexander Van der Bellen ist mit hauchdünnem Vorsprung zum Präsidenten von Österreich gewählt worden. Allerdings bleibt wegen des überragenden Stimmerfolges der rechtspopulistischen FPÖ die Herausforderung des Überganges in eine blaue Republik. Mehr... ..

Der Hype um »Nuit Debout«



Die Leute der Bewegung »Nuit Debout« interessieren die Ränkespiele, wer Präsidentschaftskandidat wird, nur am Rande. Die Versammlungen gibt es in einigen Großstädten. Aber sie sind nicht das neue große Ding, das sich manche deutschen Presseorgane davon versprechen. ...

Das Verbrechen zu berichten



Gefängnis für einen investigativen Zeitungsbericht: Das ist Rachejustiz, initiiert im Präsidentenpalast in Ankara und exekutiert von willfähigen Richtern. Cumhuriyet-Chefredakteur Can Dündar und der Journalist Erdem Gül wurden für schuldig befunden, »geheime« Dokumente veröffentlicht zu haben, die türkische Waffenlieferungen im Jahr 2015 an IS-Djihadisten in Syrien belegen. ...

Richtungsentscheidungen für Europa

Hinrich Kuhls: Das EU-Referendum in Britannien Eine Richtungsentscheidung in Europa	2
Joachim Bischoff/Björn Radke: Immer wieder Grexit?	7
Thomas Jaitner: Nach der Wahl ist vor der Wahl Eine zweite Chance für die spanische Gesellschaft am 26. Juni	12
Heinz Bierbaum: Sinistra Italiana Hoffnung oder weiterer Niedergang?	16

USA und Naher Osten

Ingar Solty: Eine rechte Arbeiterklasse? – Donald Trump und seine Basis	19
Theodor Bergmann: Wird der Schwelbrand im Nahen Osten zum Flächenbrand?	24

Linke Strategiedebatten

Max Reinhardt/Stefan Stache/Kai Burmeister: Zurückgefallen hinter eine erstarkte neue Rechte. Die SPD in der doppelten Krise der Repräsentation	27
Stephan Krüger/Christoph Lieber: Freiheit statt Feudalismus Gegen Sahra Wagenknechts Autismus in der linken Strategiediskussion	33

Forum Gewerkschaften

Hilde Wagner: Die Zeit ist reif für eine neue Arbeitszeitkampagne	41
Otto König/Richard Detje: Reallohnplus mit Differenzierung – Kurz- und Lang- fristwirkungen des Abschlusses in der Metall- und Elektroindustrie 2016	48
Günter Busch: Personalbemessung und mehr Zum Tarifvertrag Gesundheitsschutz und Demografie an der Charité	50
Otto König/Richard Detje: Arbeitskampf bei Amazon – »Labor des Widerstands« (zu Jörn Boewe/Johannes Schulten)	54

Kritik der Politischen Ökonomie

Joachim Bischoff: Die Kreisläufe des Kapitals Alexander Pechmanns Interpretation zum 2. Band des »Kapital«	56
---	----

Replik | Rezension | Impressum | Veranstaltungen | Film

Ralf Krämer: Kritik nicht den Rechten überlassen – Zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit der AfD (zu Bischoff/Müller in Heft 4-2016)	63
Wolfgang Krumbein: Wirtschaftswachstum – eine Einführung (zu Jürgen Leibiger)	66
Impressum	65
Veranstaltungen & Tipps	68
Marion Fisch: Ein Hologramm für den König (Filmkritik)	69

Zurückgefallen hinter eine erstarkte neue Rechte

Die SPD in der doppelten Krise der Repräsentation

von | Max Reinhardt, Stefan Stache und Kai Burmeister



Am 30.4.2016 in Neubrandenburg, Mecklenburg-Vorpommern (Foto: dpa)

Die Krise der SPD beschleunigt sich angesichts sinkender Umfragewerte immer weiter und nimmt zunehmend eine existenzgefährdende Qualität an. Es fehlt jedoch an einer offensiven Strategie zur Überwindung des Niedergangs der Partei. Wünschenswert wäre eine offen geführte Debatte, um sich auf einen gemeinsamen Kurs der SPD zu verständigen und auch um Lernprozesse parteiintern und gemeinsam mit Vereinen und Verbänden zu initiieren und so eine gesellschaftspolitische Dynamik zu entfachen.

Während die Kritik aus der SPD-Parteilinken nach den historisch niedrigsten Wahlergebnissen in Baden-Württemberg mit 12,7% und Sachsen-Anhalt mit 10,6% wiederaufflammte, verständigte sich der tonangebende Teil der Parteiführung nach einer Schrecksekunde auf das bekannte »Weiter so«. Anstelle einer kritischen und öffentlich wahrnehmbaren Analyse versteckten sich die Akteure einseitig hinter dem Wahlerfolg der SPD in Rheinland-Pfalz, die dort bei einer angestiegenen Wahl-

beteiligung (von 61,8 auf 70,4%) um 0,5% zulegte und 36,2% erreichte.¹ Sie ignorieren, dass es der Bundespartei an eben jenem Vertrauen in den Wählermilieus fehlt. Dieses Vertrauen kann nicht kurzfristig und nicht mit denjenigen zurückgewonnen werden, die für den Kurs der 2000er Jahre stehen. Sigmar

Dr. Max Reinhardt ist Publizist, Berater und Mitglied der Redaktion der Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft. Zusammen mit Stefan Stache und Stephan Meise hat er den Sammelband »Progressive Mehrheiten mit der SPD? Für eine Politik jenseits der Neuen Mitte« (LIT Verlag, Berlin 2014) herausgegeben. *Stefan Stache* (MA) ist Chefredakteur der Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft (spw) und politischer Berater in linken sozialdemokratischen Zusammenhängen. *Kai Burmeister* ist Mitglied der spw-Redaktion, arbeitet als Gewerkschaftssekretär in Stuttgart und ist Mitglied im Kreisvorstand der SPD Stuttgart.

¹ Zu den Wahlergebnissen siehe Benjamin-Immanuel Hoff/Horst Kahrs/Andreas Stahl (2016): Ergebnisse der Landtagswahlen am 13. März 2016 – Wahlbericht und erste Analyse. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, S. 2.

Gabriels jüngste Kritik an der Agenda 2010 als Grund für den Niedergang der SPD erscheint bislang noch als punktuell. Ihr folgen müsste ein echter Politikwechsel. Auch seiner Kritik am niedrigen Rentenniveau müssten Taten folgen.

Die jüngsten Landtagswahlen senden eine doppelte Botschaft. Einerseits verweisen die Ergebnisse auf die Fortsetzung des seit mehr als einem Jahrzehnt andauernden politischen Vertrauensverlusts der Sozialdemokratie.² Andererseits zeigt die diesem Trend entgegengesetzte Stabilisierung der SPD in Rheinland-Pfalz auf die Ungleichzeitigkeit dieser Vertrauenskrise und – noch – vorhandene Möglichkeiten, Vertrauen der Wählermilieus zu halten oder zurück zu gewinnen.

Progressive Mehrheiten ohne Union und FDP aber sind derzeit in mehrfacher Hinsicht blockiert. Diese Blockierungen sind ohne eine Analyse der schwindenden politischen Repräsentationsfähigkeit der Sozialdemokratie in Deutschland und Europa nicht zu verstehen. Dieser Verlust reicht jedoch weit darüber hinaus und ist eng mit dem Abbau sozialer Rechte und institutionalisierter Solidarität sowie fehlenden demokratischen Partizipationsmöglichkeiten verbunden.

Fortgesetzte politische Repräsentationskrise der SPD

Die Krise der Sozialdemokratie ist keine Krise *der* Solidarität oder sich vermeintlich auflösender Milieus, sondern der Repräsentanz der solidarischen Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungsmuster. Repräsentanz bezieht sich nicht nur auf materielle Forderungen, sondern vor allem auf die Alltagsdebatten und -probleme. Vertrauen und dauerhafte Wählerbindungen können entstehen, wenn sich die Milieus in den Diskursen einer Partei wiedererkennen und diese Diskurse langfristig und auch gegen gesellschaftliche Widerstände durchgehalten werden. Neben dieser Verlässlichkeit müssen die Kandidatinnen und Kandidaten mit dem Programm in Übereinstimmung zu bringen sein, damit die Partei als glaubwürdig wahrgenommen wird.³

Eine Mehrheit der sozialen Milieus und der gesellschaftspolitischen Lager wäre für eine solidarischere und ökologischere Politik ansprechbar. Vor allem die solidarischen Alltagspraxen der modernen Arbeitnehmermilieus zeigen sich u.a. in den sich teilweise revitalisierenden Gewerkschaften, den Protesten gegen die Freihandelsabkommen und in der FlüchtlingshelferInnenbewegung.⁴ Solidarische Praxis setzt Ressourcen voraus, insbesondere die Zeit für Diskussionen und gemeinsame Lernprozesse.

Sozialhistorisch betrachtet ließen sich diese Milieus nie per Anweisung und ad hoc von einer Partei oder den Gewerkschaften mobilisieren. Die jüngeren Generationen der modernen ArbeitnehmerInnen haben Anforderungen an Partizipation an ihrem Arbeitsplatz, in der Familie oder in den Parteien, Gewerkschaften, Vereinen, Initiativen oder Bewegungen, in denen sich viele von ihnen engagieren. Das wachsende Bedürfnis nach Autonomie und Teilhabe in einer sich ausdifferenzierenden arbeitsteiligen Gesellschaft geht mit einer Dynamik »zunehmender Kompetenzen« einher. Diese Dynamik war jedoch seit den 1990er Jahren von einer »wachsenden Unsicherheit« und



Parteichef und Susanne Neumann, »Wertekonferenz Gerechtigkeit«, 9.5.2016, Berlin (Foto: dpa)

Prekarisierung begleitet.⁵ Gerade bei der modernen Arbeitnehmermitte und den sozialintegrativen Fraktionen des Bürgertums hatte die SPD Vertrauen verspielt. Ein Vertrauensverlust, der sich z.T. unter massiven Brüchen zwischen SPD und Gewerkschaften vollzog, die während der zweiten rot-grünen Bundesregierung aktiv durch Gerhard Schröder und dessen politischem Netzwerk, auch im persönlichen Umgang, betrieben wurden.⁶

Mit der marktliberalen Politik der Agenda 2010 und vor allem dem teils kompromisslosen Beharren auf diesen Reformen in den Folgejahren verletzte die SPD-Führung die tief in der Alltagswahrnehmung verankerten Vorstellungen sozialer Gerechtigkeit, die sich zu einem Teil auf das Leistungsethos der Facharbeit und das Versprechen »Leistung gegen Teilhabe« gründet. In der rot-grünen Regierung und in Teilen der nachfolgenden großen Koalition betrieb die SPD eine Politik »gegen das eigene Lager«.⁷ Inspiriert durch New Labour in Großbritannien und einem vermeintlich unideologischen Anspruch »jenseits von links und rechts« entwickelte sich die Sozialdemokratie auch in Europa immer mehr zu einer politischen Kraft der sozialen Gewinner. Die neoliberale Sozial-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik äußerte sich in Diskursen der gerechten Ungleichheiten, des schlanken Staates, der Betonung der Eigenverantwortung oder dem vermeintlichen Gegensatz von alten und modernen Sozialdemokraten. Diese Diskurse hatten bereits vor der Politik der Agenda 2010 die solidarisch eingestellten Wählermilieus verunsichert.⁸

Für viele, die trotz ihres Leistungsethos und guter Ausbildung in atypische Beschäftigung, den gewachsenen Niedrig-

lohnsektor oder Arbeitslosigkeit abgedrängt waren oder sich durch Spardruck, kurzfristige Renditeorientierung, fachfremde Kontrollen oder durch autoritär-hierarchisches Management blockiert oder unter Druck gesetzt sahen, erwies sich das Zukunftsversprechen jedoch als ideologische Farce. Während der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise legte die große Koalition Konjunkturprogramme auf und stärkte das Instrument der Kurzarbeit, um Massenentlassungen vor allem in der stark exportabhängigen Industrie zu verhindern.

Allerdings ging die Krise vor allem zu Lasten der prekär Beschäftigten, vor allem der Leiharbeiter. Auch die partiellen Erfolge bei der Stabilisierung der Konjunktur und des Arbeitsmarktes wurden der SPD jedoch nach Jahren der Sparpolitik und der Deregulierung nicht zugeschrieben, zumal die Maßnahmen eher technokratisch kommuniziert und nicht in einen progressiven Deutungsrahmen der Wohlfahrtsstaatlichkeit oder gar eines *Green New Deal*⁹ eingebettet waren. Die Erzählung, die SPD sei eine gerechte Krisenmanagerin, erreichte die Wählerklientel nicht.¹⁰

Nach der historischen Wahlniederlage des Jahres 2009 reagierte die neue Parteiführung mit programmatischen Teilrevisionen der Hartz-Gesetze und rückte den Diskurs der guten Arbeit in den Mittelpunkt. Zur Bundestagswahl 2013 trat die Partei mit einem vergleichsweise progressiven Programm an, in dem auch die Verteilungsfrage wieder in den Blick genommen und ein gerechteres Steuersystem gefordert wurde. Sie vollzog jedoch keinen Bruch mit der neoliberalen Politik der früheren Jahre, sondern erläuterte die teils neue Programmatik als deren Fortsetzung. Zudem trat mit Peer Steinbrück ein Kanzlerkandidat der Parteirechten an, der in den Augen vieler WählerInnen für den marktliberalen Kurs stand und die Gerechtigkeitsvorstellungen der Wählerklientel daher nicht glaubwürdig repräsentierte. Im Gegenteil erschien er vielen als eher autoritärer politischer Manager, dem man nicht trauen kann.

Das Ergebnis der Bundestagswahlen 2013 dokumentierte, dass die SPD sich zwar stabilisiert, das über viele Jahre hinweg verspielte Vertrauen aber kaum zurück gewonnen hatte.

Der Mitgliederentscheid über die Große Koalition war als Diskussion von oben angelegt und ließ keine Beteiligung über die Frage einer alternativen Koalitionsoption zu, deren Diskussion

² Zur Krisenentwicklung der SPD siehe z.B. Max Reinhardt 2011: Aufstieg und Krise der SPD. Flügel und Repräsentanten einer pluralistischen Volkspartei, Nomos Verlag: Baden-Baden.

³ Zur Kritik an der These der Auflösung sozialer Milieus, der Darstellung ihrer Modernisierung und zum Aufbau von Vertrauen und zur Entstehung von Krisen der politischen Repräsentation siehe Michael Vester/Peter von Oertzen/Heiko Geiling/Thomas Herrmann/Dagmar Müller 2015 [2001]: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Suhrkamp taschenbuch wissenschaft: Frankfurt a.M.; zum Wandel solidarischer Einstellungen und zur Vertrauenskrise siehe auch Max Reinhardt/Stefan Stache 2014: Solidarität als Lernprozess. Voraussetzungen und Möglichkeiten einer solidarischen Gesellschaft, in: Reinhardt/Stache/Meise 2014, S. 55-80.

⁴ Zu den sozialen Milieus und gesellschaftspolitischen Lagern siehe Vester u.a. 2015; zu den solidarischen Alltagspraxen siehe zum Beispiel Reinhardt/Stache 2014.

⁵ Zum Widerspruch zwischen Bedürfnis und zunehmender Unsicherheit siehe z.B. Michael Vester/Christel Teiwes-Kügler/Andrea Lange-Vester 2007: Die neuen Arbeitnehmer. Zunehmende Kompetenzen – wachsende Unsicherheit, VSA: Verlag, Hamburg.

⁶ Zum Bruch mit den Gewerkschaften siehe z.B. Max Reinhardt im Gespräch mit Wolfgang Denia 2014: Ein geschichtsbewusster Gewerkschafter aus dem sozialdemokratischen, kirchlich linken Arbeiterviertel Hannover Linden: Wolfgang Denia, in: Max Reinhardt/Stefan Stache/Stephan Meise 2014, S. 95-111.

⁷ Zur Politik »gegen das eigene Lager« siehe Daniel Gardemin/Heiko Geiling 2009: Gegen das eigene politische Lager: Die Krise der SPD, in: spw 6/2009, S. 14-22.

⁸ Zur Orientierung des Aufsteigermilieus der Postmodernen Neuen Manager an Blair und New Labour siehe z.B. Vester u.a. 2015, S. 39; zur Politik »jenseits von links und rechts« siehe Anthony Giddens: Jenseits von Links und Rechts. Die Zukunft radikaler Demokratie, Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M.; zur Sozialdemokratie der Gewinner siehe z.B. Reinhardt/Stache 2014, S. 68ff. und siehe auch Birgit Mahnkopf 2000: Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit. Zur Neuinterpretation der sozialen Frage im globalen Kapitalismus, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 4/2000, S. 489-525; zur Geschichte der Neoliberalisierung der SPD am Beispiel der SPD-Flügelkämpfe und von Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitikern der SPD siehe z.B. Reinhardt 2011.

⁹ Zum Green New Deal siehe z.B. Kajsa Borgnäs 2014: Eine grüne Wende der Sozialdemokratie, in: Reinhardt/Stache/Meise 2014, S. 425-457.

¹⁰ Zum Instrument der Kurzarbeit und zur Spaltung der Belegschaft siehe z.B. Klaus Dörre 2013: Krisenmanagement. System permanenter Bewährungsproben, in: Magazin Mitbestimmung 1+2/2013, S. 54-57; zur Vertrauenskrise der SPD in dieser Zeit siehe auch Reinhardt/Stache 2014, S. 61-76.

Seit 2008:

Dauerkrise(n) in Europa

Das neue Buch des großen
französischen Theoretikers
Étienne Balibar

zur Krise in Europa
und zur Europäischen Krise

aus dem Französischen übersetzt
von Frieder Otto Wolf

2016 - 276 Seiten - 24,90 €
ISBN: 978-3-89691-842-0



VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Finanzkrise, Eurokrise, „Flüchtlingskrise“, Schuldenkrise, Grexit, Brexit, Rechtspopulisten gewinnen Wahlen: Die Krisen in Europa überlagern sich und sie sind auch eine Krise der Europäischen Union.

Der große französische Theoretiker Étienne Balibar spitzt in seinem neuen Buch sein eingreifendes Denken auf die zentrale Frage zu: Wie kann diese Krise zum Ausgangspunkt eines demokratischen Neubeginns der europäischen Politik gemacht werden?

Balibar greift in die aktuellen Debatten ein und vermittelt eine realitätstüchtige Perspektive.



WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE



Krisenreaktionen in Europa

Baier – Radikale Rechte in Europa / Wiesel – Die AfD nach den Landtagswahlen / Dräger – „Linker Aufbruch in Europa“? / Chwala – Frankreich: Nuit Debout / Charlamenko/Havemann – Russlands Wladimirisierung

Weltwirtschaft und Finanzmarktkapitalismus

Goldberg – Weltkonjunktur und Finanzmarktkrise / Boris – BRICS und die neue Weltordnung / Massarrat – Der Finanzmarktkapitalismus

Und: Feldmann/Lütten/Ölkrug – Migration durch Kapitalismus / Pichl – Kämpfe um das EU-Grenzregime / Gräfe – Die „Jahrhundertrede“ auf dem XX. Parteitag / Adler – KPD-Verbot vor 60 Jahren / Schneidemesser/Kilroy – Der Streikmonitor / Fülberth – Das Schweigen der Heiligen Kühe

Sowie: Diskussion, Kritik, Zuschriften, Berichte, Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 10,- Euro (zzgl. Versand) im Abo: 35,00 Euro; Auslandsabo 43,- Euro (4 Hefen/ Jahr incl. Vers.) Studenten-Abo: Inland 28,00 u. Ausland 36,- Euro. Bezug über E-mail, Buchhandel (ISSN 0940 0648) oder direkt: Z-Vertrieb: Postfach 500 936, 60397 Frankfurt am Main, Tel./Fax 069 / 5305 4406

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de - e-mail: redaktion@zme-net.de

zur Neupositionierung der SPD jenseits der Großen Koalition notwendig gewesen wäre.¹¹

Die SPD hatte zwar im Koalitionsvertrag zentrale Projekte wie den Mindestlohn, Verbesserungen beim Renteneintritt, die Frauenquote oder eine Ausweitung des Elterngeldes erreicht, die die Große Koalition auch gesetzgeberisch umsetzte. Jedoch distanzierte sich der Parteivorsitzende von der programmatischen Neuorientierung in der Steuerpolitik. So erklärte er die steuerpolitischen Forderungen des Wahlprogramms nach den Bundestagswahlen für falsch. Trotz einer Erhöhung der Investitionen trägt die SPD die konservative Sparpolitik der schwarzen Null mit. Darüber hinaus wurden Stimmen laut, die mehr Wirtschaftskompetenz einforderten und den Kampf für soziale Gerechtigkeit als traditionelle Politik verstehen. In der Debatte um die Freihandelsabkommen nahm Gabriel einen freihandelsfreundlichen Kurs ein. Zwar hatte die Partei in einem Konventsbeschluss enge Bedingungen für soziale und ökologische Standards und den Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge formuliert. Diese Beschlüsse gerieten jedoch durch die Haltung des Wirtschaftsministers und Vizekanzlers unter Druck. Seine öffentlich weit verbreiteten abfälligen Äußerungen zu den KritikerInnen der Abkommen und seine bekundete Loyalität zu Managern während des Weltwirtschaftsforums in Davos nährten erneut die lange vorhandenen Zweifel an einer sozial gerechten Ausrichtung der Partei. In der Griechenland-Krise unterstützte die SPD den Austeritätskurs, der die wachsende Armut und soziale Spaltung in Griechenland vertiefte. Damit verweigerte sich die Bundesregierung weiterhin einem Kurs für ein solidarischeres Europa jenseits des reinen marktliberalen Wettbewerbsmodells, das noch in dem Wahlprogramm für die Europawahl gefordert wurde. Das neoliberal-konservative exportfixierte Modell Deutschland war zur unhinterfragten Handlungsanleitung geworden. Ihren programmatischen Ausdruck fand diese Wiederanknüpfung an die Positionen des ver-

gangenen Jahrzehnts in dem Präsidiumspapier »starke Ideen«. Es formuliert keine sozial-integrative Zukunftsperspektive, sondern deutet Prekarität und soziale Unsicherheit als Probleme, die sich mit dem wirtschaftlichen Aufschwung erledigen würden, und versucht, den Heimatbegriff positiv zu besetzen. Die Verteilungsfrage wird nicht mehr gestellt, das einseitige Spar- und Exportmodell dagegen zementiert.¹²

Die moderneren und solidarischeren Teile der Wählermilieus nahmen diese Verschiebungen in den Diskursen deutlich wahr und reagierten mit einem weiteren Entzug des Vertrauens. Die negative Dynamik wurde durch den unklaren Kurs der SPD in der Flüchtlingsdebatte verstärkt. Stützte die Partei- und Fraktionsspitze zunächst die Willkommenskultur, so betrieb sie anschließend mit der Union die weitere Einschränkung des Asylrechts und eine Politik der Sanktionen.

Die neue Botschaft der Obergrenzen an den Rändern Europas gab gesellschaftlichen Zweifeln Auftrieb, ob die Bundesrepublik der Flüchtlingskrise gewachsen ist. Angesichts von überfüllten Notunterkünften, pessimistischer Aussagen vieler Kommunen und einer ausbleibenden langfristigen Perspektive der Bundespolitik wurden viele verunsichert. Vor allem die CSU, die der AfD sekundierte, forderte eine Obergrenze und sprach von einer Überlastung durch die Flüchtlingskrise. Auch Kommunalpolitiker von SPD und CDU beklagten eine Überforderung der Kommunen. Verursacht worden war dieser Druck auch durch einen bereits vorhandenen Investitionsstau und den Versuch, die Flüchtlinge lieber abzuschrecken, als sie weiter einzuladen. Merks verbaler Kurs des »Wir schaffen das« war da schon lange gebremst worden. Und die CSU versuchte die autoritären und eher fremdenfeindlichen Haltungen zu repräsentieren. Das Gegenteil war der Fall. Die Stimmung nutzte und nutzt bis heute der AfD.

Die SPD hatte es versäumt, mit einem Kurs der Menschenrechte und einer systematischen Strategie der Investitionen in die Integrationspolitik zu antworten und die humanitär und solidarisch eingestellten Menschen zu ermutigen und politisch zu repräsentieren. Umfragen von Infratest dimap im Deutschland-Trend zeigen, dass die Stimmung zwischen Anfang 2015 und 2016 kippte. So nahm die Zahl der Befürworter für eine Aufnahme von Flüchtlingen, »die geflohen sind, weil sie in ihrem Heimatland keine Arbeit und kein Auskommen haben«, von 41% im Januar 2015 auf 25% im Februar 2016 ab.¹³

Ein Papier der Bundesministerinnen Barbara Hendricks, Andrea Nahles, Aydan Özoguz und Manuela Schwesig sowie der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer enthielt Ansätze einer Investition in Integration.¹⁴ Es hatte jedoch kaum Aussicht auf Umsetzung und konnte die Diskurse der Überforderung nicht auffangen. Die unvermittelte Forderung des Vizekanzlers nach einem Solidarpakt und einer Verbesserung von Sozialleistungen auch für deutsche Bürgerinnen und Bürger wirkte kaum glaubwürdig und wurde eher wie eine Bestätigung der Erzählung der AfD von der Konkurrenz zwischen Flüchtlingen und einheimischer Bevölkerung um knappe Ressourcen wahrgenommen.

Landtagswahlen im Frühjahr 2016

In dieser Lage fanden die Landtagswahlen in drei Bundesländern statt. Aufgrund der als unzuverlässig erscheinenden Positionen setzte sich der lang andauernde Vertrauensverlust für die SPD fort. In einer aktuellen Umfrage schreiben lediglich rund 30% der Befragten der SPD Kompetenz in der Frage der sozialen Gerechtigkeit zu.¹⁵ Diese Dynamik beruht nicht auf Vermittlungs- oder Wahrnehmungsproblemen, sondern auf realen Lernprozessen und Erfahrungen. Sie verbinden die Sozialdemokratie nicht mit einer solidarischen und ökologischen Zukunftsperspektive.

Der Vertrauensverlust vollzieht sich jedoch nicht gleichmäßig, sondern dort, wo das soziale Kapital der Partei bereits über viele Jahre hinweg geschwächt war.¹⁶ In Baden-Württemberg war das Leitbild einer ehemals sozial und ökologisch geprägten Partei seit den 1990er Jahren der wirtschaftsliberale Kurs nach dem Vorbild Schröders, getragen vor allem von der SPD-Strömung der karriereorientierten *Netzwerker*. In der grün-roten Regierung versuchte sich der SPD-Landesvorsitzende und Wirtschaftsminister Nils Schmid als Sparkommissar zu profilieren. In der Debatte um die Neuregelung der Erbschaftsteuer definierte er die SPD als Partei der Familienunternehmen. Desaströse Umfragewerte vor Augen, stellte er sich kurz vor den Wahlen als politischer Repräsentant einer Politik der sozialen Gerechtigkeit dar. Diese Positionierung erschien wie die Sigmar Gabriels als taktisches Manöver. Zudem entwickelte auch er keinen eigenständigen Kurs in der Flüchtlingsfrage.

In Rheinland-Pfalz konnte die SPD auf einen vergleichsweise Jahrzehntelangen sozial-integrativen Kurs z.B. in der Bildungspolitik aufbauen, der auch im Wahlkampf und mit Blick auf die Flüchtlingsdebatte durchgehalten wurde – im Gegensatz zu den Grünen, die kurz vor den Wahlen in einem Papier für die Einführung von Hot Spots plädierten. Davon profitierte die SPD mit Malu Dreyer, weil sie in der Flüchtlingsfrage glaubwürdiger wirkte, obwohl der rheinland-pfälzische Innenminister Roger Lewentz (SPD) die Grünen sogar für ihre Neupositionierung gelobt hatte.¹⁷

Die Glaubwürdigkeit der SPD war auch ein Ergebnis einer Politik eher auf Augenhöhe und in Tuchfühlung mit den Wählermilieus. Zwar erreichte die AfD auch hier ein zweistelliges Ergebnis. Die SPD konnte jedoch ihr Vertrauenskapital trotz der negativen Dynamik der Bundesebene stabilisieren. Das Sozialkapital der Landes-SPD ist indes an die regionalen Strukturen, Erfahrungen und Akteure gekoppelt und nicht ohne Weiteres auf die Bundesebene zu übertragen. Und auch in Rheinland-Pfalz kann dieses Vertrauenskapital wieder verspielt werden. Die Aushandlung des Koalitionsvertrages und der Kandidaten für die Ministerämter hinter den Kulissen hat bereits das Bild einer partizipatorischen Partei SPD in Rheinland-Pfalz konterkariert. Und wie Malu Dreyer ihr Leitbild einer solidarischen Gesellschaft angesichts des angekündigten Sparkurses durchhalten will, bleibt ebenfalls offen.

In Sachsen-Anhalt wechselten die meisten WählerInnen der SPD in das rechte Lager (22.000 an die CDU und 21.000 an die AfD), während die SPD in Baden-Württemberg die meisten Stimmen an die Grünen (160.000), aber auch 88.000 an die

AfD verlor, immerhin aber 133.000 Nichtwähler mobilisieren konnte. Vor allem in Rheinland-Pfalz aber gelang es der SPD, Wähler aus dem linken Lager und Nichtwähler zu mobilisieren: 93.000 von den Grünen und 66.000 von den Nichtwählern. Aber auch hier verlor die SPD 34.000 Stimmen an die AfD.¹⁸

Die Wählerwanderungen bei der SPD sind also in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz am höchsten zwischen SPD, Grünen und Nichtwählern, aber auch die Verluste an die AfD sind bezeichnend. Sachsen-Anhalt aber bedarf einer gesonderten Erklärung, um zu verstehen, warum die SPD vor allem an das rechte Lager verloren hat.

Die Flüchtlingsdebatte und das Thema soziale Gerechtigkeit

Das wahlentscheidende Thema der Landtagswahlen war laut der Befragten von Infratest dimap die soziale Gerechtigkeit: 46% Sachsen-Anhalt, 45% Rheinland-Pfalz und 41% Baden-Württemberg, dicht gefolgt von dem Thema Wirtschaft und Arbeit. Lediglich 26 bzw. 22% der Befragten aus Sachsen-Anhalt, 29 bzw. 26% aus Baden-Württemberg und 31 bzw. 25% in Rheinland-Pfalz kreuzten jeweils das Thema Flüchtlinge bzw. Schule und Bildung als wahlentscheidend an.¹⁹ Das Thema Flüchtlinge aber war insofern ausschlaggebend, als 56% der Befragten in Sachsen-Anhalt, 65% in Rheinland-Pfalz und 69% in Baden-Württemberg, die AfD gewählt haben, angaben, das Thema Flüchtlinge sei für sie wahlentscheidend gewesen. Immerhin 42% in Sachsen-Anhalt, 39% in Rheinland-Pfalz und 36% in Baden-Württemberg nannten das Thema Soziale Gerechtigkeit.

Die CDU verlor in Baden-Württemberg 190.000 Stimmen an die AfD und 107.000 an die Grünen, nur wenige an die Nichtwähler, in Sachsen-Anhalt 38.000 und in Rheinland-Pfalz 50.000 an die AfD, in Sachsen-Anhalt etwas mehr sogar an die Nichtwähler, während sie in Rheinland-Pfalz 58.000 Nichtwähler zurück-

¹¹ Zur Entwicklung zwischen 2009 bis zum Mitgliederentscheid der SPD 2013 siehe z.B. Max Reinhardt 2014: Gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellungen der SPD-Flügel seit 1945. Zwischen sozialistischer Transformation, linkem Reformismus und Marktliberalismus, spw Verlag/Nomos Verlag, Dortmund/Baden-Baden, S. 142-147.

¹² Siehe etwa das Papier »Starke Ideen für Deutschland 2025. Impulse für die sozialdemokratische Politik im kommenden Jahrzehnt«, SPD-Präsidium 2015, online: www3.spd.de/linkableblob/129600/data/impulspapier-perspektivdebatte.pdf (18.5.2016).

¹³ Zu den Daten und ihrer Analyse siehe Hoff/ Kahrs/Stahl 2016, S. 34.

¹⁴ Neustart in Deutschland. Für ein Jahrzehnt umfassender Gesellschaftspolitik. 12 Punkte für Zusammenhalt und Integration in Deutschland, online: www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Internetredaktion/Pdf-Anlagen/integrationsprogramm-neustart-in-deutschland,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf (18.5.2016).

¹⁵ tagesschau.de/Infratest dimap 2016: DeutschlandTrend. SPD sackt ab auf 20%, Stand: 4.5.2016, online: www.tagesschau.de/inland/deutschland-trend-547.html (18.5.2016).

¹⁶ Zum Vertrauenskapital siehe z.B. Michael Vester/Heiko Geiling 2010: Soziales Kapital und Wählerverhalten – Die Krise einer Volks- und Mitgliederpartei, in: Heiko Geiling (Hrsg.): Die Krise der SPD, LIT Verlag, Berlin, S. 25-52.

¹⁷ SWR Fernsehen 2016: Landesverband Rheinland-Pfalz. Grüne wollen weniger Flüchtlinge, online: www.swr.de/landesschau-aktuell/rp/landesverband-rheinland-pfalz-gruene-wollen-weniger-fluechtlinge/-/id=1682/did=17020190/nid=1682/rvfmqu/ (19.5.2016).

¹⁸ Zur Analyse der Daten über die Wählerwanderungen nach Erhebungen von tagesschau.de/Infratest dimap siehe Hoff/Kahrs/Stahl 2016, S. 11f.

¹⁹ Zu den Daten siehe online: wahl.tagesschau.de/wahlen/2016-03-13-EVENT-BWRPST/index.shtml (18.5.2016).

gewinnen konnte. Vor allem für die Union in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg war das Flüchtlingsthema im negativen Sinne wahlentscheidend für ihre Niederlage, weil sie viele Stimmen an die AfD, in Baden-Württemberg aber auch an die Grünen verlor. In Rheinland-Pfalz allerdings hätte die CDU über die an die AfD verlorenen Stimmen hinaus noch weitere Wähler mobilisieren müssen, um gegen die SPD zu gewinnen.²⁰

Insofern standen die Landtagswahlen im Zeichen des Flüchtlingsthemas, aber eben in noch viel stärkerer Weise der sozialen Gerechtigkeit. Die SPD aber konnte, ebenso wenig wie die Partei DIE LINKE, diese Stimmung nutzen; die SPD auch deshalb nicht, weil sie vor allem in Baden-Württemberg (34%; 11% Verlust gegenüber 2011), aber auch in Sachsen-Anhalt (26%; 4% Verlust gg. 2011) erheblich an Vertrauen verloren hat. In Rheinland-Pfalz hingegen konnte sie ihre hohen Werte als Partei der sozialen Gerechtigkeit laut Befragung fast halten.²¹

Der SPD gelingt es zunehmend weniger, ihre Wählermilieus zu binden, die ihrerseits weiterhin das Thema der sozialen Gerechtigkeit hochhalten. Sie hat ein Vakuum hinterlassen, in das nach der Partei DIE LINKE nun auch die AfD gefolgt ist, die allerdings keine dauerhafte Alternative zur Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit sein wird, weil sie versucht, das Thema durch Ressentiments gegenüber Flüchtlingen zu besetzen.²² Die SPD darf nicht versuchen, zum politischen Repräsentanten dieser Ressentiments und autoritärer Einstellungen zu werden, da sie hierdurch die AfD weiter stärken würde, sie muss vielmehr die Frage der sozialen Gerechtigkeit auf ihr Tableau heben.

Die Krise des Wohlfahrtsstaates hatte aber schon lange vor der Aufnahme der Flüchtlinge begonnen. Sie ist zugleich eine Krise der Sozialdemokratie und auch durch diese, vor allem durch ihren wirtschaftsliberalen Flügel, verursacht. »Die schwache Lohnentwicklung der einkommensschwächsten 40% der Bevölkerung« zeigt den Handlungsbedarf, um Arbeitnehmer wieder zu stärken, denn »für mehr als die Hälfte der deutschen Arbeitnehmer – nämlich die Hälfte mit den niedrigsten Löhnen – ist die Kaufkraft ihrer Löhne geringer als noch vor 15 Jahren.«²³

Die SPD hatte insbesondere in den 1960er und 1970er Jahren durch den Ausbau des Sozialstaates und Bildungssystems Aufstiege ermöglicht und sich später auf die Seite der Gewinner und Aufsteiger geschlagen, statt die Spaltung der gesellschaftlichen Mitte zu verhindern.²⁴

Ausblick

Die SPD braucht wieder eine gesellschaftliche Vision. Die Vision eines innovativen Managements zur Stärkung des Exportmodells mit der Zielgruppe der Neuen Mitte ist jedenfalls gescheitert und legte den Grund für die Krise und den Niedergang der SPD. Immer noch aktuell aber ist die Vision einer solidarisch-egalitär-ökologischen Gesellschaft. Emotional wird diese Vision bereits von vielen WählerInnen geteilt. Um sie umzusetzen, bedarf es einer langfristigen gesellschaftspolitischen Diskussion und gleichzeitig kurzfristiger und mittelfristiger Projekte. Das linke Lager sollte zudem zu einer Gesamtlinke zusammenwachsen und zusätzlich zu den herkömmlichen Organisationsstrukturen Crossover-Zusammenhänge aus- und aufbauen. Auch müssen alte Ressentiments überwunden werden,

um glaubwürdig zu sein und nicht machtpolitisch zu taktieren. Die Auflösung in eine individualisierte, fragmentierte Linke ist hierbei kontraproduktiv, weil ein Zusammenhang, der wählbar wäre und favorisiert werden könnte, nicht erkennbar ist. Gleichzeitig aber müssen Mentalitätsunterschiede respektiert werden, um autoritäre Kaderprozesse von oben zu vermeiden, zumal Gleichzeitigkeiten politischen Engagements wie zum Beispiel bei den »68ern« nicht durch politisch gesteuerte Bündnisse, sondern durch gemeinsame, oftmals auch unabhängig voneinander erlebte Erfahrungen mit autoritären Strukturen und Mentalitäten entstehen.²⁵

Rot-Rot-Grün im Bund bleibt so rätselhaft und undurchschaubar. Die SPD jedenfalls müsste sich dafür radikal wandeln, steht sie doch derzeit für einen Kurs der smarten, konformistischen Machtpolitik – bis hinein in die SPD-Linke ohne erkennbare gesellschaftspolitische Alternative. Die meisten, die sie vertreten, sind marginalisiert.

Es bedarf auch eines Paradigmenwechsels in der Steuer- und Wirtschaftspolitik zur Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und öffentlicher Ressourcen jenseits des neoliberal-konservativen Exportpfades, auch um Innovationen zu stärken, die fast durchweg staatlich finanziert wurden. Hohe Symbolkraft hat auch die Diskussion um die Rente. Der kontinuierliche Sinkflug des Rentenniveaus muss gestoppt und eine Trendumkehr hin zu einem höheren Rentenniveau geschafft werden, um Altersarmut zu verhindern und lebenslangen Leistungen gerecht zu werden. Deutschland muss sich vom konservativen Pfad verabschieden und eine Bürgerrente für alle einführen.

Mit der Stärkung der Binnenwirtschaft, einschließlich der sozialen Dienstleistungen, würde die Unabhängigkeit von der Weltwirtschaft gestärkt und die Abhängigkeit von der Exportorientierung gemindert. Ein solidarisches Europa bedarf eines Länderfinanzausgleichs und eines einheitlichen Standards bei der Arbeitslosenversicherung, das ist eines der zentralen Themen angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen, gerade auch unter Jugendlichen in vielen europäischen Ländern.²⁶

²⁰ Ebd.

²¹ Ebd. 49%, nur 2% Verlust gegenüber 2011; in der Familienpolitik konnte sie sogar noch um 2% auf 48% zulegen (29% in Baden-Württemberg; 11% Verlust und 28% in Sachsen-Anhalt; 4% Verlust; bei der Kompetenz Arbeitsplätze zu schaffen, sogar 10%, Verlust: 17%).

²² Zu den autoritären Einstellungen der AfD-Politiker und den autoritären Milieus siehe z.B. Max Reinhardt 2015: Autoritäre Milieus, autoritäre gesellschaftspolitische Lager und Parteipräferenzen im Wandel? Biedermann und die Brandstifter, in: spw 3/2015, S. 26-34.

²³ Marcel Fratzscher 2016: Verteilungskampf. Warum Deutschland immer ungleicher wird, Carl Hanser Verlag, München, S. 64.

²⁴ Zu dieser Entwicklung siehe z.B. Reinhardt 2011 oder auch Vester u.a. 2015.

²⁵ Hans-Jürgen Urban plädiert für eine »Mosaik-Linke«, die »ihre organisationskulturelle Autonomie« bewahrt und ihre Gemeinsamkeiten in »Knotenpunkten« organisiert. Siehe dazu ders. 2009: Die Mosaik-Linke. Vom Aufbruch der Gewerkschaften zur Erneuerung der Bewegung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2009, S. 78; zur Feldanalyse der »68er« siehe z.B. Michael Vester 2015: »1968« im historischen Kontext: Basisdemokratische Bewegungen und linker Reformismus im Wandel der BRD 1949-1989, in: Michael Thomas/Ulrich Busch (Hrsg.): Transformation im 21. Jahrhundert. Theorien – Geschichte – Fallstudien, trafo Wissenschaftsverlag, Berlin, S. 339-379.

²⁶ Zu einem Manifestvorschlag für eine neue Sozialdemokratie siehe z.B. Max Reinhardt/Stefan Stache 2015: Aufschlag für ein Manifest für eine neue Sozialdemokratie und eine neue gesamtgesellschaftliche Linke in Deutschland und Europa: Solidarisch-nachhaltige Arbeitnehmergesellschaft in Freiheit, in: perspektiven ds 1/2015, S. 25-39.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigegeführten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie Wer rettet Mandel Urban
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie Wer rettet Mandel Urban
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

